

(A) **Abgeordneter Nitzsche (Deutsch):** Meine Herren! Der Antrag der Finanzdeputation B, Drucksache Nr. 451, fordert die Bewilligung von 18,5 Millionen Mark zu den Zwecken, die im außerordentlichen Nachtragsetat Tit. 4 a bekanntgegeben sind. Ich habe den Antrag mit unterschrieben und will auch der Bewilligung nicht entgegen sein, obwohl es schon aus etatrechtlichen Gründen durchaus leicht wäre, eine ablehnende Haltung zu begründen. Ich habe die schwersten Bedenken gegen die Bewilligung der geforderten Summe gehabt und diese Bedenken auch in der Finanzdeputation B geltend gemacht. Das, was gegen dieses Bedenken angeführt worden ist, hat mich nicht in vollem Umfange überzeugen können. Wenn ich nicht im einzelnen auf diese eingehe, so geschieht das nur, weil der Herr Berichterstatter sie erschöpfend in seinem Bericht erwähnt hat.

Meine Sorge liegt aber noch in einer anderen Richtung. Ich begrüße es gewiß außerordentlich, wenn die Staatsregierung Unternehmungsgeist und Wagemut zeigt. Ich gebe sogar zu, daß es unter gewissen Umständen eine Notwendigkeit sein kann, daß der Staat sich auf wirtschaftlichem Gebiete betätigt. Aber ich glaube, daß auch in dieser Beziehung Grenzen gezogen sind, und meine, daß der sächsische Staat im Begriff ist, über diese Grenzen hinauszugehen. Ich für meine Person kann eine

(B) weitere Einschränkung der privatwirtschaftlichen Tätigkeit nicht guthießen und befürchte, daß, wenn die Entwicklung in derselben sprunghaften Weise weitergeht, wie das in der letzten Zeit der Fall gewesen ist, wir auf eine abschüssige Bahn kommen.

Die Rede, die vor einigen Tagen der württembergische Finanzminister Dr. v. Bistorius gehalten hat, zeigt uns, wo die Reise hingehet. Ich will in dieser Stunde nicht auf die steuertechnische Seite eingehen, aber ich muß darauf hinweisen, daß das Bekenntnis der deutschen bundesstaatlichen Regierungen zum Staatssozialismus unbedingt zur Gegenwehr herausfordern muß.

(Sehr richtig! in der Mitte.)

Eine Neuregelung der innerpolitischen Verhältnisse lehnt man ab — ob mit Recht oder Unrecht will ich dahingestellt sein lassen —,

(Zuruf links: Mit Unrecht!)

aber für eine Umwälzung unserer Wirtschaftsform, für eine Abkehr von der Wirtschaftsform, die unser Land und Volk groß und stark gemacht hat, setzt man sich ein.

(Sehr richtig! in der Mitte.)

Das ist doch nicht zu verstehen. Unserer sächsischen Regierung ist eine große Aufgabe gestellt, die sie eigentlich

(C) schon voll in Anspruch nehmen kann: Sie hat die Versorgung mit elektrischem Strom für das ganze Land übernommen. Aber noch am Anfange dieser Aufgabe wendet sie sich schon anderen größeren und noch weit schwierigeren Problemen zu, und das in einer Zeit, in der doch die Zukunft auch unseres Landes noch nicht so klar vor uns liegt, wie wir das jedenfalls wünschen.

Wir müssen uns doch sagen, daß der sächsische Staat auch für die nächste Zeit große Summen für andere Aufgaben aufzubringen hat. Der Staat wird doch dazu übergehen müssen, den Gemeinden und den Lieferungsverbänden, die bis jetzt innerhalb unseres Bundesstaates die Hauptlast des Krieges getragen haben, diese Last wenigstens bis zu einem gewissen Grade abzunehmen. Dazu kommt auch, daß die Gehälter und Löhne für unsere Beamten und Arbeiter dem veränderten Geldwert nach und nach besser angepaßt werden müssen, als das durch die jüngsten Maßnahmen der Fall gewesen ist.

(Abgeordneter Anders: Sehr richtig!)

(D) Ich glaube, daß die Regierung auf dem Standpunkt steht, daß die Ausgaben, die sie jetzt macht, sich verzinsen werden, wenigstens geht das auch aus der Begründung, die zum Dekret gegeben ist, hervor. Es wird schon im ersten Jahre eine Verzinsung von 4,63 Prozent erwartet. Diese Verzinsung erscheint mir ausgeschlossen. Ein Unternehmen dieser Art kann erst nach einer Reihe von Jahren, nachdem es innerlich gefestigt ist, sich verzinsen.

Nun habe ich schon im vorigen Jahre auf dem Standpunkte gestanden, daß das Werk Herkules zu dem Elektrizitätswerke Hirschfelde gehört und daß es zweckmäßig erscheint, dieses Werk zu kaufen. Die Frage ist bloß, ob der Preis angemessen ist, und hier könnte ich nur die Ausführungen wiederholen, die ich schon in der Deputation gemacht habe und die dahin gehen, daß der Preis meiner Auffassung nach zu hoch ist. Von dieser Ansicht bin ich auch durch die Ausführungen der Sachverständigen nicht bekehrt worden, die zugeben mußten, daß ein Privatunternehmen wohl billiger zu dem Werke Herkules gekommen wäre.

Ich bin auch damit einverstanden, daß die bessere Ausnutzung der Braunkohle auch für den Staat von der allerhöchsten Bedeutung ist, aber auch in bezug auf diese Frage befindet sich noch alles im Anfangsstadium, und die sächsische Regierung hätte auch abwarten können und das um so mehr, als die Kohle für den Staat gesichert ist und in dieser Beziehung nichts verfäumd wird.

Ich habe in der Deputation die Zahlen, die in bezug auf den Kostenanschlag und die Rentabilitätsberechnung gegeben worden sind, bestritten. Ich habe mich auch, wie